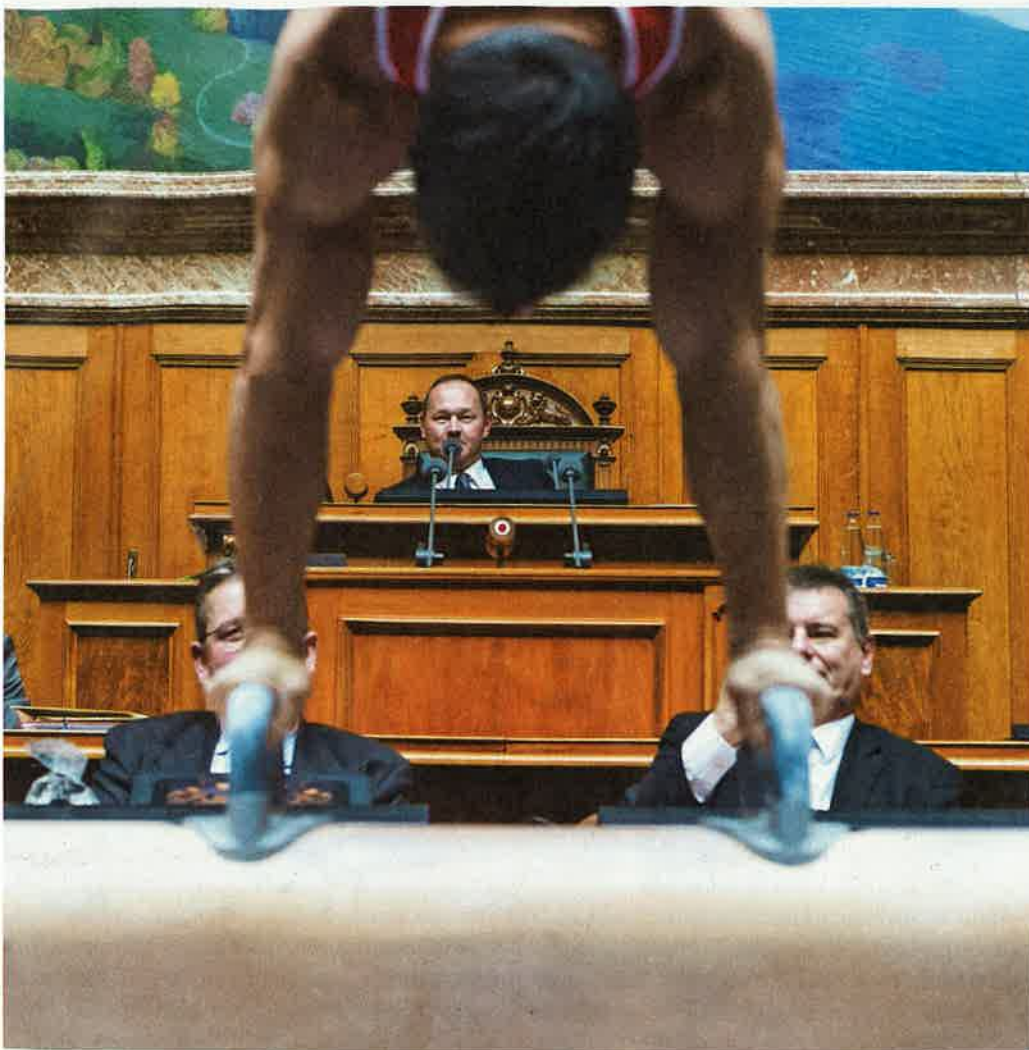


# Selbstbedienung des Sportfilzes

SVP-Politiker wollen plötzlich nichts mehr vom Sparen wissen: Dank robustem Lobbying hat Swiss Olympic seine Subventionen stark erhöht. Die gesetzliche Grundlage ist wacklig.

Von Christoph Mörgele



**Happige Vorwürfe:** Turner-Darbietung anlässlich der Wahl von Nationalratspräsident Stahl, 2016.

Es konnte nicht schnell genug gehen: Beide Kammern des eidgenössischen Parlaments wiesen in der Frühjahrssession mittels gleichlautender Motion den Bundesrat an, im nächsten Budget die Bundesbeiträge an Swiss Olympic von 13 Millionen auf 28 Millionen Franken pro Jahr aufzustocken. Dieser wohlpräparierte und glänzend koordinierte Handstreich knöpft den Steuerzahlern auf Bundesebene neu 15 zusätzliche Millionen ab – während der übrige Staatshaushalt eine Milliarde einsparen muss. Widerstand vom SVP-Finanzminister Ueli Maurer gab's keinen, war er doch bis vor kurzem noch Sportminister. Als dann innerhalb der SVP auch noch der Berner Oberländer Parteipräsident Albert Rösti und der Berner Oberländer Fraktionschef Adrian Amstutz den Sportlertarif durchgaben, standen die Spar- und Finanzpolitiker auf verlorenem Posten.

Am 16. März passierte die Vorlage im Nationalrat unter dem schönen Titel «Gesamtschau Sportförderung: Zusätzliche Mittel zugunsten des Nachwuchs-Leistungssports» mit 146 gegen 21 Stimmen. Auch im Ständerat war das Geschäft drei Tage zuvor praktisch einmütig abgenickt worden; vor allem die Vertreter der Alpenkantone setzen auf den staatlich subventionierten Wintersport und entsprechende internationale Grossereignisse in der Illusion, damit ihre wirtschaftlichen Strukturprobleme zu lösen.

## «Mit Überzeugung für Mittel gekämpft»

Wer mag politisch schon gegen den Sport antreten? Doch gibt es zumindest drei verschiedene Möglichkeiten der Sportförderung: jene für den Spitzensport, jene für den Breitensport oder jene für den Jugendsport. Dass angesichts gehäufter Alarmmeldungen über

Fettleibigkeit schon im frühen Kindesalter ausgerechnet immer mehr Geld in den Spitzensport gepumpt werden soll, ist eigenartig genug. Zumal dieser mit Negativschlagzeilen über Doping, Korruption und Wettskandale schwerlich in jeder Hinsicht zum Nacheifern anspricht.

Nicht nur die Bundesbeiträge sollen um 15 Millionen Franken gesteigert werden. Ab 2017 wollen die Kantone via Lotteriegesellschaften ihre bisherigen Zahlungen an Swiss Olympic von bisher 28 Millionen ebenfalls um 15 Millionen auf jährlich 43 Millionen Franken anheben. Zusammen mit dem Budgetposten «Erlöse aus Lieferungen und Leistungen» von 5,5 Millionen stehen Swiss Olympic künftig satte 76,5 Millionen Franken zur Verfügung.

Nationalratspräsident Jürg Stahl (SVP), Präsident von Swiss Olympic, legt Wert auf die Feststellung, dass er sich nicht in den parlamentarischen Prozess eingemischt und dass seine Organisation keinen Druck auf das Parlament ausgeübt habe, «aber mit Überzeugung für diese Mittel gekämpft hat». Er gebraucht indessen das Wort «Dynamik». Wie gross Interessenkonflikte werden können, zeigte Jürg Stahl als Vertreter seiner die direkte Demokratie betonenden Volkspartei und gleichzeitig von Swiss Olympic. Nach Ablehnung des Bündner Olympia-Kredits dachte er in der NZZ für «Sion 2016» laut über die Umgehung des Souveräns nach: «Ich sage nicht pauschal, dass man alle fragen muss. Ansprechpartner des Volkes sind ja Parlamente und Regierungen.»

Einen «gewissen Druck» hat es laut Jürg Stahl vor allem von den Kantonen gegeben, welche die 15 zusätzlichen Millionen «mehrheitlich» bewilligt, diese Zusage aber ans Gleichzieher des Bundes gekoppelt hätten. Nur sind ausgerechnet die gesetzlichen Grundlagen der Beiträge der Kantone, denen allein die Erträge aus Lotterien und Wetten zustehen, überaus umstritten. Umso erstaunlicher erscheint die Tatsache, dass es den politisch ausgezeichnet vernetzten Sportfunktionären gelungen ist, derart massive Erhöhungen bei den Lotteriegesellschaften Swisslos und Loterie Romande durchzusetzen. Nur schon demokratiepolitisch stehen happige Vorwürfe im Raum: Den Beschluss an der Swisslos-Generalversammlung vom 22. April 2016 hätten gemäss Konkordatsbestimmung alle Kantone, nicht nur jene der Deutschschweiz und das Tessin, fassen müssen. Zu-



dem sei das erforderliche qualifizierte Mehr von drei Vierteln aller beteiligten Kantone nicht beachtet worden, die zugleich auch drei Viertel der Bevölkerung der angeschlossenen Kantone umfassen müssen. Die Erhöhung erhielt aber nur das einfache Mehr der die Kantone vertretenden Regierungsräte.

Auch wird mit guten Gründen gerügt, dass der faktische Verzicht auf den gesetzlich festgelegten kantonalen Anteil am Reingewinn aus dem Swisslos-Erlös in den Kantonen referendumsfähige oder gar referendumspflichtige Kantonsratsbeschlüsse erfordert hätte. Stattdessen haben die Regierungsräte an der betreffenden Genossenschaftsversammlung aus eigener Kompetenz entschieden, in manchen Fällen sogar ohne Beschluss ihrer Gesamtregierung. Swisslos versuchte sich mit einem Gutachten zu rechtfertigen, laut dem es sich nicht um Reingewinn, sondern um «gebundenen Aufwand» beziehungsweise um «statutarisch vorgesehene vertragliche Verpflichtungen im Rahmen der Geschäftstätigkeit von Swisslos» handle. Mehrere vom Kanton St. Gallen in Auftrag gegebene Gutachten kommen indessen zu gegenteiligen Schlüssen.

### Dreissig zusätzliche Millionen

Der Regierungsrat des Kantons Zug strengte denn auch gerichtlich die Nichtigkeit des

Entscheids der Swisslos-Genossenschafterversammlung an. Zur Vorbedingung einer entsprechenden Mandatierung des Zürcher Rechtsanwalts Andreas Abegg machte er allerdings eine zusätzliche Vollmacht des Kantons St. Gallen, die in der Folge ausblieb. Auch der Kanton Zürich hatte gegen die Beitragserhöhung gestimmt. Obwohl sich die Luzerner Gesamtregierung ebenfalls für die Klage

### Wer wagt es schon, sich mit der mächtigen Sportlerlobby anzulegen?

entschied, wurden konkrete Schritte hintertrieben. Eine Aufsichtsbeschwerde an die interkantonale Lotterie- und Wettkommission (Comlot) blieb infolge Unzuständigkeitsklärung dieser Behörde ergebnislos.

Zusammen mit den genannten Motionen in beiden Parlamentskammern erkämpfte sich also Swiss Olympic eine Erhöhung von 30 Millionen Franken öffentlicher Gelder, was einer Erhöhung um zwei Drittel ihres bisherigen Gesamtbetriebsertrags entspricht. Die in den parlamentarischen Vorstössen konstruierte Zwangslage, dass die Kantone bei Nichtbezahlen der 15 Millionen Franken Steuer-gelder «ihre 15 Millionen ab 2020 wieder streichen», existiert in Wirklichkeit gar nicht.

Vielmehr hat der Bundesrat betont, es handle sich lediglich um Empfehlungen. Doch Swiss Olympic machte daraus flugs eine Verpflichtung, wie wenn die Kantone ihre Schatulle nicht unabhängig vom Bund öffnen könnten.

### Apéros, Spezialerevents, Gratistickets

Eine besonders aktive Rolle im schweizerischen Sportfilz spielt die Sport-Toto-Gesellschaft, die seit 2003 selber keine Wetten mehr durchführt. Ihre Aufgabe beschränkt sich darauf, die Gelder von Swisslos und Lote Romande an die nationalen Sportverbände weiterzuleiten. Den vier Mitarbeitern der Sport-Toto-Gesellschaft obliegt es mittlerweile, die Parlamentarier einzuseifen und den Spitzensport einzunehmen. Dazu dienen Apéros, Spezialerevents, Gratistickets für Spogalas, Einladungen an Fussballmatches und (Mit-)Sponsoring des FC Nationalrats inklusive Auslandsreisen.

Noch hätte es das Parlament bei der nächsten Budgetdebatte in der Hand, wenigstens die zusätzlichen 15 Millionen Franken Budgetgelder an Swiss Olympic zu streichen. Doch wer wagt es schon, sich mit der mächtigen Sportlerlobby anzulegen? Vielleicht wenigstens jene paar Volksvertreter, die sich nicht immer dem Gesamtwohl statt den Sonderinteressen des Spitzensports und seiner Funktionäre verpflichtet fühlen.



**axpo**  
Voller E

**Natürlich grüner Strom**

Axpo ist die grösste Schweizer Produzentin von erneuerbaren Energien. Ob heimische Wasserkraft, Biomasse oder Windenergie an den besten Standorten Europas – bei uns hat die nachhaltige Energiezukunft schon begonnen. [axpo.com](http://axpo.com)